

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1932**

432 (16.9.1932) Morgenausgabe

# Badische Presse

und  
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Freitag, den 16. September 1932

Eigentum und Verlag von  
: Ferdinand Thiergarten :  
Verantwortlich: für Politik:  
H. Kimmig; für badische Nachrichten:  
Dr. D. Schömmig; für kommunalpolitische:  
R. Binder; für soziale und Sport:  
R. Volz; für das Ausland:  
M. Böhm; für Ober- und Konvert:  
Christ. Berle; für den Handel:  
Fritz Heß; für die Industrie: Ludwig  
Reindl; alle in Karlsruhe (Baden).  
Berliner Redaktion: Dr. Kurt Meiser.  
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
Hauptgeschäftsstelle: Pflanzstraße  
Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe  
Nr. 3359. — Bellen: Wolf und  
Seimat / Literarische Umschau / Roman-  
blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
Welle u. Wäber-Zeitung / Landwirtschaftl.  
Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Kommt der Hindenburgblock?

Bestrebungen zum Umbau der Mitte / Vor Bildung eines Arbeitsausschusses.

m. Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Möglichkeit von Neuwahlen hat auch die Bemühungen wieder aufleben lassen, aus dem Zusammenbruch der Parteien der bürgerlichen Mitte die letzten Trümmer zu retten, womöglich an ihre Stelle etwas Neues zu setzen. Die Verluste, die vor der letzten Wahl und auch früher schon wiederholt gemacht wurden, sind ja jedesmal täglich gescheitert, teils an den Widerständen der Parteimajorität, teils an Führerfragen. Die Quittung ist dann für die Mittelgruppe der Verlust jeden politischen Einflusses gewesen, ausgelöst durch die Abwanderung immer weiterer Wählermassen und vor allem durch den Verlust der Jugend. Der Augenblick zu einer Neuordnung ist aber gerade jetzt besonders günstig. Kein Zweifel, daß mit dem Hindenburgprogramm ein großer Auftrieb geschaffen ist, der einer auf dem Boden dieses Programms stehenden Partei einen starken Zutritt zuführen könnte. Um aber frühere Mißerfolge nicht zu wiederholen, muß an die Aufgabe sehr vorläufig herangegangen werden. Ein einfaches Aufgehen in den Deutschnationalen kommt wohl nach wie vor nicht in Frage. Auf der anderen Seite lehnen die Deutschnationalen den Verzicht auf ihre Parteiselbstständigkeit zu Gunsten einer Neubildung ab.

Die ersten Lastverträge sind deshalb zunächst einmal darauf gerichtet, zu prüfen, wo die Voraussetzungen gegeben sind, um neben den Deutschnationalen etwas Neues ins Leben zu rufen, das als Reichspartei oder als Hindenburgblock sich zunächst nur einmal zur Unterstützung des Hindenburgprogramms zusammenschließen, um den Staat über die Krise hinweg zu retten. Anläufe zu derartigen Bestrebungen sind in den verschiedensten Formen und an den verschiedensten Stellen vorhanden. Die einzelnen Kräfte, die sich hier gebildet haben, wollen am Sonntag zusammenkommen, um sich darüber auszusprechen, ob die Möglichkeit besteht, diese mannigfachen Kräfte, die von den ehemaligen Volksparteien, von früheren Wirtschaftsparteien, Volksparteien, aber auch vom rechten Flügel der Staatspartei ausgehen, unter Ausschaltung der offiziellen Parteileitungen in einen gemeinsamen Kanal zu leiten. Sollte das gelingen, dann wäre damit so etwas wie ein überparteilicher Arbeitsausschuß vorhanden, der mit den alten Parteien verhandelt und sie zu sich hinüberziehen könnte, um auf dieser Grundlage einen Wahlblock zu schaffen. Der sich wieder mit den Deutschnationalen in Verbindung setzen könnte, um vielleicht so etwas wie ein Wahlkartell für die kommenden Wahlen zu schließen.

Die theoretischen Vorbedingungen für eine solche Entwicklung sind zweifellos vorhanden. Es fragt sich nur, ob sich die richtigen Männer dazu finden, und ob sie die in den Wählern der Mitte schlummernde Stimmung eines wiederkehrenden Vertrauens für sich zu gewinnen vermögen.

## Papen läßt sich nicht vernehmen

m. Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Zwischen dem Vorsitzenden des sogenannten Ueberwachungsausschusses und dem Reichsführer von Papen hat am Donnerstag eine Unterhaltung stattgefunden, die sich im wesentlichen um die Frage drehte, ob die Reichsminister bereit wären, zur Vernehmung vor dem Ausschuß zu erscheinen. Herr von Papen hat eine ablehnende Antwort erteilt. Er hat

bei dieser Gelegenheit noch einmal seinen Standpunkt dargelegt. Es sieht nun so aus, als ob Löbe den Ausschuß trotzdem kurzfristig einberufen wird. Der Kleintrieb des Ausschusses gegen die Reichsregierung wird also dann seine Fortsetzung finden.

## NSDAP. beantragt Auflösung des Danziger Volkstages.

U. Danzig, 15. Sept. Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Danziger Volkstages ist am Donnerstag nachmittag dem Volkstagspräsidenten überreicht worden. Da für diesen Antrag 15 Stimmen notwendig waren, die Nationalsozialisten aber nur über 13 Stimmen verfügten, haben die sieben kommunistischen Abgeordneten den nationalsozialistischen Antrag mitunterzeichnet. Ueber den Antrag wird in einer der nächsten Sitzungen des Volkstages abgestimmt werden. Ob er angenommen wird, hängt von der Haltung der Sozialdemokraten ab. Die bürgerlichen Parteien werden schon im Hinblick auf die bevorstehenden wichtigen Genfer Entscheidungen betreffend die Gdinger Frage usw. gegen den nationalsozialistischen Antrag stimmen.

## Vor einem Diplomatenstich.

m. Berlin, 15. Sept. (Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.) Die Reichsregierung hat sich entschlossen, einen großen Diplomatenstich vorzunehmen. Es hat sich herausgestellt, daß die Engländer eine Wiederbelegung der Londoner Vorkriegs diplomatischen Verhandlungen mit den Italienern offenbar die Feststellung gemacht, daß Herr von Schubert in Rom wohl doch nicht den Kontakt mit der italienischen Regierung herzustellen vermöchte, auf den wir gerade im gegenwärtigen Augenblick besonderen Wert legen müßten. Unter diesen Umständen sind nun eine ganze Reihe von Personalveränderungen angebahnt worden. Zum Teil haben sich die Regierungen mit dem Vorschlag des Auswärtigen Amtes einverstanden erklärt, zum Teil schweben die Besprechungen noch.

Es wird wohl noch einige Tage dauern, bis das Retirement vollzogen werden kann. So weit sich die Dinge bisher überblicken lassen, wird Herr von Schubert im Auslandsdienst nicht mehr verwendet werden. Es ist nicht ganz ausgeschlossen, daß man ihn überhaupt zur Disposition stellt. Seinen Koffer wird der Belgrader Gesandte, Herr von Haffel, der Schwiegerjohn des Großadmirals von Tirpitz, übernehmen. Als Vertreter der Reichsregierung in London scheint der Pariser Botschafter von Hoesig aussersehen zu sein. Wer nach Belgrad geht, sieht noch nicht fest. Der Wiener Gesandte von Kietz wird auch in einiger Zeit durch eine andere Persönlichkeit abgelöst. Das ist nach Belgrad verlegt wird, ist nicht anzunehmen; für den Pariser Posten scheint er auch nicht in Frage zu kommen, wenn er auch lange Jahre als Botschaftsrat in Paris tätig war. Vielleicht wird der Staatssekretär von Bülow die Pariser Botschaft übernehmen. Es wird jedenfalls davon gesprochen, daß auch er im Außendienst Verwendung finden soll.

## Gandhis Todesdrohung.

Von unserem Londoner Vertreter  
Dr. Theodor Seibert.

Gandhi will den Hungertod sterben, falls die britische Regierung nicht die Absicht aufweist, den Parias eine Sondervertretung in den Provinzialparlamenten zu gewähren. Dieser Entschluß des indischen Volksmanns übersteigt europäisches Fassungsvermögen; er leuchtet grell in die tiefe Klüft, die indisches und westliches Denken trennt und führt letztlich zu der Erkenntnis, daß der englisch-indische Dauerkonflikt schließlich doch nur durch Trennung gelöst werden kann.

Der äußere Anlaß: Der am 16. August veröffentlichte englische Entwurf für die indische Provinzialverfassung sichert den Vertretern der „Unterdrückten Klassen“, das sind die Parias, 71 von insgesamt 1513 Sitzen zu. Die Parias sollen aber außerdem das Recht erhalten, auch in den Hinduwahlversammlungen mitzusprechen. Dieses doppelte Wahlrecht geht von der Erwägung aus, daß die Interessen der „Unberührbaren“ in den Hinduwahlkörpern, deren große Mehrheit den höheren Klassen angehört, nicht genügend berücksichtigt würden. Es hätte nahegelegen, die Parias unter diesen Umständen überhaupt allein wählen zu lassen; das wollte die britische Regierung aber nicht, weil ihr sonst bestimmt vorgeworfen worden wäre, daß sie sich in den Parias eine parlamentarische Opposition gegen die Hindumehrheit schaffen wolle. Sie läßt die Unberührbaren deshalb auch in den allgemeinen Hinduwahlkörpern wählen und gewährt ihnen, mit 71 Sitzen, eine zahlenmäßig festgesetzte Vertretung, die nur halb so stark ist als es der Kopfzahl der Parias entspräche.

Das Indienamt hat für dieses gewissenhaft ausgefüllte System keinen Dank geerntet. Für alle höheren Hindufunktionen ist der Gedanke, mit besonderen Repräsentanten der Unberührbaren in einem Parlamentsaal zu sitzen, ein Greuel und die klassenbewußten Klassenlosen, wenn man diese Formel auf die Parias anwenden darf, haben sofort durch den Mund ihres Führers Dr. Ambedkar Protest gegen die geringe Zahl der zugewiesenen Sitze erhoben. Gandhis Widerstand gegen eine Sondervertretung der Parias ist so alt wie der Gedanke an diese Sondervertretung. Schon auf der Rundfunkkonferenz in London hat er erklärt, daß er sich diesem Gedanken bis zum Einlaß seines Lebens entgegenstellen würde. Vor sechs Monaten hat er dann in einem Schreiben aus dem Gefängnis an den Indienminister in London erneut seinen Widerspruch angemeldet und zum ersten Mal mit dem Hungerstreik bis zum Tode gedroht. Als Sir Samuel Hoare darauf nur kurz erwiderte, wandte sich der Mahatma an Macdonald selbst.

Wir erleben nur das seltsame Schauspiel, daß der gefangene Eingeborene und der Premierminister des Weltreiches zwischen Gefängniszelle und Regierungspalast auf telegraphischem Wege große Schriftstücke austauschen, die nach Inhalt und Form einzigartig in der Staatengeschichte dastehen dürften. Hier einige Proben: „Ich bin mir schmerzlich bewußt,“ so schreibt Gandhi über seinen Entschluß zum Hungerstreik, „daß diese Tatsache der Regierung Seiner Majestät schwere Unannehmlichkeiten bringen muß, solange ich ein Gefangener bin, und daß viele den Entschluß eines Mannes in meiner Stellung sehr unpassend finden, da er auf das politische Feld Methoden überträgt, die sie als hysterisch oder noch als etwas viel Schlimmeres bezeichnen werden. Alles, was ich zu meiner Verteidigung anführen kann, ist, daß es sich nicht um eine Methode, sondern um einen Teil meines Seins handelt. Es ist ein Ruf des Gewissens, dem ich gehorchen muß, selbst wenn es mich den Rest dessen kosten würde, was ich noch an Ansehen für meine geistige Gesundheit besitzen mag.“ Und an anderer Stelle: „So bleibt mir kein anderer Weg, als das Gelöbnis, mich unaufhörlich bis zum Tode des Genusses jeglicher Nahrung zu enthalten, ausgenommen Wasser mit oder ohne Salz und Soda. Dieses Fasten wird aufhören, wenn die britische Regierung aus eigenem Antrieb oder unter dem Druck der öffentlichen Meinung ihre Entscheidung revidiert und ihr Wahlschema für die Unterdrückten Klassen zurückzieht. Das angelegte Fasten wird beginnen am Mittag des 20. September, falls die besagte Entscheidung nicht mittlerweile in der obengenannten Weise revidiert wird.“ Gandhi gibt dann zu, daß seine Auffassung über das Variawahlrecht vielleicht falsch sei. „Wenn das so ist, dann bin ich wohl auch bezüglich anderer Teile meiner Lebensphilosophie im Unrecht, und in diesem Falle wird mein Fastentod eine Buße für meinen Irrtum sein und eine Erleichterung für die zahllosen Männer und Frauen, die in kindlichem Glauben meiner Weisheit vertraut haben.“

Diesen Schriftsatz des künftigen Märtyrers beantwortet der Staatsmann Macdonald mit einer eindringlichen Darlegung der Gründe, die zum Beschluß der Regierung geführt haben, und mit einem beweglichen Appell an Gandhi, die ganze Sache noch einmal zu durchdenken, bevor er seinen Entschluß zur Tat mache. Gandhi aber läßt sich nicht beirren: Am vergangenen Freitag telegraphiert er Macdonald, daß es sich für ihn nicht um eine politische, sondern um eine rein religiöse Sache handelt. Er sei durchaus nicht gegen eine Wahrung der Paria-Interessen, ja nicht einmal gegen ihre doppelte Vertretung derselben in den Parlamenten. „Ich bin nur gegen ihre faktuarisch festgelegte Trennung von der Hinduherde, solange sie sich selbst dazu rechnen. Verstehen Sie nicht, daß Ihre Entscheidung das prächtig gedeihende Werk der Hindureformer unterbindet, die sich die Hebung ihrer unterdrückten Brüder zur Lebensaufgabe gemacht haben?“ Gandhi befürchtet im Grunde nur das eine, daß die Heraushebung der Unberührbaren durch das Wahlgesetz den Verschmelzungsprozess im Hindutum stört, dem er einen Teil seiner Lebensaufgabe gewidmet hat.

London kennt Indien. Es weiß, wie sehr der Scheinbar an den Saaren herbeigezogene Grund Gandhis für das Hungertod-Ultimatum die Gefühle seiner Landsleute treffen muß. Es spürt das starke Maß von politischer Klugheit und die große politische Gefährlichkeit dieser neuesten Schritt des Mahatma herauszufinden. Nicht zufällig ist der Indienminister am Samstag, 24 Stunden nach dem Eingang des letzten Gandhitelogramms, zum 24. Tag nach Baltimore geflogen: Stirbt Gandhi unter diesen Umständen, dann droht Indien einem neuen Chaos und vielleicht neuem Vorkauf anheimzufallen. Sehr wahrscheinlich wird man Gandhi am 20. September treffen lassen. Es ist aber unwahrscheinlich, daß dieser Akt allein das

## London und Wehrhoheit.

Senderfon für deutsche Gleichberechtigung.

London, 15. Sept. Bei einem Frühstück des englischen Friedensausschusses, dessen Vorsitz Lord Cecil führte, hielt Henderson eine Rede über die Abrüstungsfrage. Er könne, so sagte Henderson, nicht glauben, daß die sich in wenigen Tagen in Genf versammelnden Staatsmänner die Verantwortung übernehmen wollten, das allgemeine Weltwaffenstillstand durch das Vorhandensein großer Armeen unvermeidliche Kriegsgefahr zu ermutigen.

Ein Scheitern der Abrüstungskonferenz würde ein großes Unglück für Europa und die Welt bedeuten.

Die deutsche Gleichberechtigungsforderung werde die Abrüstungskonferenz vor die schlimmste Entscheidung stellen. Ein sich zurückziehendes Deutschland von der Abrüstungskonferenz wäre der schlechteste Weg, den Deutschland im gegenwärtigen Augenblick einschlagen könne. Er, Henderson, glaube, daß die deutsche Forderung auf der Abrüstungskonferenz mit gutem Willen und Verstand zum Wortteil nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der ganzen Welt behandelt werden könne. Auf der Abrüstungskonferenz bestehe keine Stimmung zugunsten der deutschen Forderung.

Warum, so sagte Henderson, sollten die alliierten und assoziierten Mächte nicht erklären, es sei ihre Absicht, Deutschland von seiner Lage der Minderwertigkeit zu befreien und ihm die Stellung der militärischen Gleichberechtigung wiederzugeben?

## Besprechungen im Foreign Office.

U. London, 15. Sept. Am Donnerstag nachmittag fand im englischen Außenministerium eine Besprechung über die deutsche Gleichberechtigungsforderung, die französische Antwortnote und die von England einzuschlagende Politik hat. An der Besprechung nahmen auch Vertreter der militärischen Ministerien teil. Die Besprechungen dehnten sich bis in die späten Nachmittagsstunden aus.

Die von einer Londoner Zeitung gebrachte Meldung, daß Sachverständige dem Ministerpräsidenten einen Bericht vorgelegt hätten, wonach die deutsche Forderung auf Rüstungsgleichheit keine Rechtsgrundlage habe, entspricht Angaben wohlunterrichteter Kreise zufolge nicht den Tatsachen. Die Nachricht dürfte wohl auf einem Mißverständnis beruhen, wohl aber ist es zutreffend, daß englische Regierungskreise eine internationale Forderung über

die rechtliche Seite der von Deutschland aufgestellten Frage möglichst vermeiden wollen, da sie sich hiervon keinen Nutzen versprechen. London zieht es vielmehr vor, die deutsche Forderung im Rahmen der praktischen Politik zu behandeln.

## Genfer Beratungen ohne Deutschland.

U. Genf, 15. Sept. Zum ersten Male ist heute ein Ausschuß der Abrüstungskonferenz und zwar der Ausschuß für die Heeresausgaben ohne Teilnahme Deutschlands zusammengetreten. Der Präsident des Ausschusses, Radulesku, Rumänien, eröffnete die Verhandlungen des umfangreichen Ausschusses mit einer längeren Begrüßungsansprache in der er jedoch das Fernbleiben Deutschlands mit keinem Wort erwähnte. Der Ausschuß begann seine Arbeit mit der Prüfung des rumänischen Heereshaushaltes.

## Offizielle Anerkennung des mandchurischen Staates.

Tschangschun, 15. Sept. General Nuto übermittelte am Donnerstag dem mandchurischen Präsidenten Puji die offizielle Erklärung über die Anerkennung des mandchurischen Staates durch das mandchurische Kaiserreich. Darauf fand die Unterzeichnung des japanisch-mandchurischen Protokolls statt. Das Außenministerium in Tokio erhielt ein Telegramm der mandchurischen Regierung, in dem diese die japanische Regierung bittet, die mandchurischen Interessen beim Völkertum zu vertreten.

## China verlangt internationales Vorgehen.

TU. Nanking, 15. Sept. Die chinesische Regierung hat sofort nach der durch Japan erfolgten Unterzeichnung des mandchurischen Protokolls Protestnoten nach London, Paris, Washington, Rom und Genf geschickt, in denen Japan der Verletzung der gebiets- und verwaltungsmäßigen Hoheitsrechte Chinas beschuldigt und ein sofortiges internationales Vorgehen verlangt wird. In einer weiteren Note an die Unterzeichnerstaaten des Neunmächteabkommens wird das Vorgehen Japans in der Mandchurei als unmittelbare Verletzung des Neunmächtevertrages bezeichnet. Die Unterzeichnerstaaten werden zur Einberufung einer Konferenz aufgefordert.

Verhängnis aufhalten wird, da Gandhi erklärt hat, er würde den Hungerstreik — „so weit er bis jetzt lebe“ — auch in der Freiheit durchführen. Bei aller Achtung vor dem Befehlsvermut des Mahatma ist aber auf Grund früherer Erfahrungen die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Gandhi selbst im letzten Augenblick noch zu neuen Entschlüssen kommt.

### Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit. Eine Ergänzungsverordnung des Reichsarbeitsministers.

Berlin, 15. Sept. Im Reichsanzeiger und im Reichsgeheblatt erscheint heute eine Verordnung und Ergänzung der Verordnung zur Durchführung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932, die gleichzeitig mit dieser Verordnung am 15. September in Kraft getreten ist. Sie bringt nicht nur Durchführungsbestimmungen über die Bestimmung der selbständigen Betriebsabteilung, den Wert der Sachbezüge und den Kreis derjenigen Personen, die bei Vermehrung der Arbeiter und Angestellten nicht zu zählen sind, sondern gibt auch wichtige Ergänzungen.

Eine Vermehrung der Arbeitnehmerzahl, die nur durch Verkürzung der Arbeitszeit bis auf 40 Wochenstunden erzielt ist, wird nicht angerechnet. Umgekehrt wird denjenigen Arbeitgebern, die in den Monaten Juni bis August durchschnittlich eine geringere als 36stündige Wochenarbeitszeit hatten, die Zahl der tatsächlich neu eingestellten Arbeitnehmer erhöht angerechnet. Dadurch wird die Ungerechtigkeit vermieden, daß Arbeitgeber, die bereits früher die Arbeit gestreckt hatten, jetzt schlechter gestellt werden als diejenigen, die durch Verminderung der Belegschaft eine volle Beschäftigung von 48 Stunden aufrecht erhalten haben. Ebenso wird vermieden, daß der Arbeitsverdienst der vorhandenen Arbeiter und Angestellten, der bei Verkürzung der Arbeitszeit naturgemäß schon eine Minderung erfährt, außerdem auf Grund der Verordnung durch Unterschreitung der tariflichen Sätze weiter vergrößert werden kann. Eine solche doppelte Kürzung würde nur in den Fällen eintreten, in denen ein Betrieb soziale Arbeitnehmer neu einstellt, daß dadurch nicht nur die Kürzung der Arbeitszeit ausgeschlossen würde, sondern darüber hinaus eine Vermehrung der Beschäftigung eintrete. Damit ist auch der Gefahr vorgebeugt, daß infolge Kürzung der Arbeitszeit trotz Vermehrung der Belegschaft eine Minderung der Gesamtlohnsumme eintritt.

Ein gesunder Anreiz für die Arbeitgeber, auch bei unverminderter Arbeitsbedürfnis zur 40 Stundenwoche überzugehen und die Zahl der Arbeitnehmer zu vermehren, bleibt erhalten, weil in Aussicht genommen ist, bei der Gewährung von Steuerergünstigungen für die Mehrbeschäftigung von Arbeitnehmern von einer Verknüpfung mit der Beschäftigungszeit Abstand zu nehmen. Die 400 RM. nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. September 1932, erster Teil, Kapitel I wird der Arbeitgeber also auch dann erhalten, wenn die Vermehrung seiner Belegschaft nur auf einer Verkürzung der Beschäftigungsdauer und nicht auf einer Steigerung der Produktion beruht.

Außer diesen allgemeinen Vorschriften werden im Reichsarbeitsministerium noch besondere Bestimmungen zur Durchführung der Verordnung vom 5. September bei Akkordlöhnen und in der Seeschifffahrt vorbereitet. Ihre Veröffentlichung ist in den nächsten Tagen zu erwarten.

### Ausführungsbestimmungen über die Steuergutschriften erscheinen in der nächsten Woche.

### Bayerischer Industriellenverband für Wirtschaftsverordnung.

München, 15. Sept. Das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes übergibt der Öffentlichkeit folgende Erklärung zur Verordnung des Reichspräsidenten vom 4. Sept.: „Das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes steht in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nach wie vor das Hauptproblem der Wirtschaft. Die Septembernotverordnung des Reichspräsidenten zeigt neue Wege zur Schaffung von Arbeit und Brot für das Heer der Arbeitswilligen. Endlich ist von der geistlosen Wiederholung fortgesetzter Lastenerhöhung Abstand genommen worden. Der Erfolg der Notverordnung fällt in einen Zeitpunkt, in dem die Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage erkennbar sind. Unter Vorbehalt einer Kritik der letzten politischen Ereignisse steht das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes auf dem Standpunkt, daß alle Glieder der Wirtschaft der Reichsregierung auf dem vorgezeichneten Wege folgen müssen, um der deutschen Not zu steuern. Schaffung von Arbeit und Brot ist zur Stunde unendlich wichtiger als politische Kämpfe um die Staatsführung. Das ganze deutsche Volk sollte sich in dieser

Stunde höchster Not in gemeinsamer aufbauender Arbeit zusammenfinden.

Im vollsten Bewußtsein der großen Verantwortung gegenüber der deutschen Wirtschaft und der gesamten deutschen Volk, erwartet das Präsidium des Bayerischen Industriellenverbandes, daß alle seine Mitglieder nunmehr erst recht alle Kräfte einbringen, um für alle Hände Arbeit und Verdienst zu schaffen und hierzu die durch die Steuergutschriften gegebenen Möglichkeiten restlos auszunutzen.

### Selbstmord eines leitenden Verwaltungsbeamten.

Wuppertal, 15. Sept. Einer der leitenden Beamten der Wuppertaler Stadterwaltung, der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes, Rechnungsdirektor Garbe, hat am Donnerstag in einem Eibersfelder Privatkrankenhaus durch Erhängen seinem Leben ein Ende bereitet. Ihm, der auch in der Komba, dem Verband der Kommunalbeamten und Angestellten Preußens, eine führende Rolle spielte, war vorgemerkten worden, sich an Verbandsgeldern vergriffen zu haben und zwar in Höhe von 15 000 RM. Garbe hatte dazu erklärt, er habe lediglich Darlehen in dieser Höhe aus eigenem Ermessen, aber im Bereich seiner Befugnisse vergeben. Allerdings waren für die Summe keine einwandfreien Unterlagen zu beschaffen. Es war gegen Garbe ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden und

auch der Staatsanwalt hatte ein Ermittlungsverfahren eröffnet. Garbe, der darauf einen Nervenzusammenbruch erlitten hatte, sollte sich am kommenden Sonntag in Essen in einer Verhandlung der Komba für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, deren erster Vorsitzender er war, rechtfertigen. Außer der Führung der westdeutschen Komba hatte er auch das Amt des zweiten Vorsitzenden des preußischen Gesamtverbandes inne.

### Ein Denkmal für die Oppauer Opfer.

Ludwigshafen, 15. Sept. Die J. G. Farbenindustrie Ludwigshafen hat zum Andenken an die Opfer der Oppauer Explosion vom 21. September 1921 auf dem Ludwigshafener Hauptfriedhof ein Denkmal errichten lassen. Es stellt einen großen übermannshohen Würfel dar. Drei Reliefs an den Seitenwänden stellen „Mühsich von der Familie“, „Gang zur Arbeit“ und die „Explosion“ dar. Die vierte Seitenwand trägt die Inschrift: „Den Opfern der Oppauer Unglücks, 21. September 1921.“ Das einfache Motiv paßt sich harmonisch ein in das Oppauer Gräberfeld und gemahnt in schlichter, erdichtender Weise an das schreckliche Geschehen des unheilvollen 21. September 1921, das 174 Opfer forderte.

Köln, 14. Sept. Nach einer Mitteilung der Stadt findet in der letzten Woche im Stadtbezirk acht Tophus- und Paratophustraktionen aufgetreten, die auf Infektionen beim Baden im offenen Rhein zurückgeführt werden.

## Das Zentrum zur Lage.

### Tagung des Parteivorstandes / „Die Montagsabstimmungen sind nicht rechtswirksam“.

Berlin, 15. Sept. Der Parteivorstand der Deutschen Zentrumspartei trat am Donnerstag im Reichstag zusammen. An der Sitzung, die aus dem Lande stark besucht war, nahm auch die bisherige Reichstagsfraktion teil. Die Sitzung wurde eingeleitet durch eine kurze Ansprache des Parteivorstehenden Prälat Dr. Kaas, der den anwesenden Reichstagsler Dr. Brüning herzlich begrüßte und im einzelnen ausführte: „Bereits der letzte Wahlkampf ist gegen unseren Willen und gegen unseren Rat einseitig worden. Die Versuche der Regierung, mit den Hauptstimmern des letzten Wahlsieges die Voraussetzung für eine stabile politische Weiterarbeit zu schaffen, sind nach kurzen Anläufen zusammengebrochen. Erst in diesem Augenblick hat die Zentrumspartei in staatspolitischer Pflichtgefühl den Versuch unternommen, aus der Volksvertretung heraus eine arbeitsbereite Mehrheit zur Stützung einer autoritären Staatsführung zu bilden. Angesichts der Tatsache, daß dies der einzige Weg zur Sicherung einer verfassungsmäßigen organischen Weiterentwicklung war, mußten alle Bedenken und Gesichtsregeln parteipolitischen Einflusses schweigen. In dem Augenblick, wo im Gefolge dieser Bemühungen der aus den letzten Wahlen hervorgegangene Reichstag drohte, arbeitsfähig zu werden, sah das Kabinett von Papen ihn als seinen Feind an und beschloß, den im Werden begriffenen Sammlungsprozess durch eine nochmalige Auflösung zu unterbrechen. Man hatte an den Volkswillen appelliert. Niemals aber hat eine Regierung von dem angerufenen Volkswillen eine so vernichtende Antwort erhalten wie die in der denkwürdigen Montagsabstimmung. Mag auch formaljuristisch die Abstimmung über die Notverordnung und das Mißtrauensvotum nicht als rechtswirksam angesehen werden können, als politisches Votum ist sie von einer Wucht, deren Eindruck sich niemand entziehen kann.“

Wir sind jederzeit bereit, mit denen, die die Grundlage des Staates mit uns bejahen, eifrig an der Ausgestaltung der Verfassung mitzuarbeiten, denen aber, die mehr an das Zerklüften als an das Aufbauen denken, werden wir als Verteidiger der Volkstfreiheit und eines gesunden Fortschritts nachdrücklich entgegenzutreten.“

Die Ausführungen des Parteivorstehenden wurden mehrfach von starkem Beifall unterbrochen. Sodann sprach der geschäftsführende Parteivorstehende Toos über die politische Lage. Er betonte u. a.: Kaas hatte seinerzeit den mit dem Kabinettswechsel eingeschlagenen Weg als einen Irrweg bezeichnet. Die Ereignisse haben ihm Recht gegeben. Wer die Reichsregierung davon abhalten wollte, einen falschen Weg weiter zu gehen, der mußte gemessenhaft alle Möglichkeiten überprüfen, die zur Bildung einer wirklich verfassungsmäßigen Regierung führen konnten.

Es ging in den Besprechungen zwischen Zentrum, Bayer. Volkspartei und Nationalsozialisten wahllich nicht um eine Zusammenlegung von politischen Programmen, sondern ganz einfach

um die Beantwortung der Frage: Was kann geschehen, um den neuemwählten Reichstag zur Erfüllung seiner verfassungsmäßigen Aufgaben zu befähigen?

Es mußte alles daran gesetzt werden, die Sicherung der politischen Stabilität in Verbindung mit dem neuemwählten Reichstag zu suchen. Unser Ziel war Schaffung von Möglichkeiten, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Parla ment s mehrheit stützt, Vertrauen im Volke hat und die volle Innehaltung der Verfassung garantieren konnte.

Wir haben deutlich sichtbar werden lassen, daß uns in keinem Zeitpunkt der Verhandlungen der Gedanke eines einseitigen Parteienabtritts vorschwebte, daß wir im Gegenteil nach einer Lösung suchten, die eine feste Staatsführung ermöglichte. Unser Ziel war bei allerseitig gutem Willen zu erreichen. Während der Reichstagsler seinen eigenen ausichtslosen Versuch, die Nationalsozialisten zum Eintritt in sein Kabinett zu bewegen, fortsetzte, suchte er das Zentrum gegen die Nationalsozialisten und diese gegen das Zentrum einzunehmen und mit Mißtrauen zu erfüllen.

Was das Programm praktischer Arbeitsbeschaffung betraf, so hatten sich die Sachbearbeiter beiderseits auf Nichtpunkte geeinigt, die gesunden wirtschaftlichen Grundgedanken gemäß waren. So hätte eine Verständigung zwischen Reichspräsident und Reichstag zustande kommen können, wenn sich die Reichsregierung nicht quer gelegt hätte. Wir beobachteten mit großer Besorgnis, wie weit die gegenwärtige Reichsregierung in der Anwendung höchst unrichtiger, staatsrechtlicher Konstruktionen zu gehen gedenkt. Im Hinblick auf das Wirtschaftsprogramm der Regierung haben wir unsere begründeten Zweifel.

Nach der sehr eingehenden Aussprache schloß der stellvertretende Vorsitzende Toos die Sitzung mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß das Zentrum getreu seiner alten Tradition in den Wahlkampf ziehen werde.

### Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Anhangsteil.)

Freitag, den 16. September.

Landestheater: „Schnee- und Regen.“ 20—22.30 Uhr.  
Vob. Kisteviele — Konstantin: Die elf Schillingen Offiziere; Beiprogramm.  
Residenz-Theater: Das Vieh einer Nacht.  
Kaiser-Theater: Eine Stunde mit Dir.  
Gloria-Ballet: Straßenszene von Weibern.  
Kaffee-Kabarett Roland: Frey Sept. 16 Uhr; Premiere der neuen Attraktionen, 20.30 Uhr.  
Weinhaus Juhl: Familien-Kabarett mit neuem Programm.  
Kaffee-Bauer: Elite-Koncert, 16 Uhr; Doretten-, Tonfilm, und Schiller-Abend, 20.30 Uhr.  
Kaffee-Museum: Abend befeiter Musik.  
Kaffee des Westens: Doretten- und Schiller-Abend.

### Die denkende Hand.

V.)

#### Hand und Tonwerkzeug.

Musikinstrumente unterscheiden sich von Handwerkzeugen nur dadurch, daß die durch sie geschaffenen Erzeugnisse keine greifbaren Werkstücke sind. Wir wollen deshalb von „Tonwerkzeugen“ sprechen.

Ein Tonwerkzeug hat also, wie jedes andere Handwerkzeug, eine Hand- und eine Arbeitsseite und es unterliegt den gleichen manufakturlogischen Gesetzmäßigkeiten wie dieses. Das wichtigste dieser Gesetze ist das der Anpassung der Handseite eines Werkzeuges an die Hand des Menschen, und so ist auch im allgemeinen die Handseite der Tonwerkzeuge der Größe der menschlichen Hand und den natürlichen Abwidlungen ihrer Tätigkeiten angepaßt.

Aus den verschiedenen Gruppen der Tonwerkzeuge seien hier nur zwei besonders erwähnt: die Gruppe der Blasinstrumente, bei denen eine Luftsäule zum Schwingen gebracht, und diejenige der Saiteninstrumente, bei denen eine Saite in Schwingung versetzt wird.

Die Blasinstrumente werden von beiden Händen an den Mund gehalten. Die Hände üben jedoch nicht nur diese Haltefunktion aus, sondern die Finger bedecken auch vorhandene Tonslöcher (oder Klappen) und durch Aufheben von einem oder mehreren Fingern können verschiedene lange Luftsäulen zum Schwingen gebracht und dadurch verschiedene hohe Töne erzeugt werden.

Bei den Saiteninstrumenten ist es zumeist so, daß die linke Hand unter gleichzeitiger Anfügung an das Kinn oder den Schoß das Instrument hält, eine Saitenstützung vornimmt, während die rechte durch Schlagen, Zupfen oder Streichen die Saite zum Schwingen bringt.

Obering, Herig hat nun auch die Handseiten von Tonwerkzeugen daraufhin untersucht, ob sie die bereits erwähnten Anpassungsgesetze erfüllen. Dabei hat er — das sei hier nebenbei erwähnt — auch eine neue Hypothese geschaffen, die einem jahrzehntelangen Streit über die Entstehung der Pentatonik und Heptatonik eine neue Wendung gab. Er meint: die fünfstufige Tonleiter stammt von den Saiteninstrumenten, die siebenstufige von den Blasinstrumenten.

Im Verlauf der Entwicklung der Musikinstrumente bildete sich allmählich eine ganz neuartige Handseite aus — die Tastatur. Diese wurde sowohl für Blasinstrumente (Orgel, Harmonium) als auch für Saiteninstrumente (Klavier und Flügel) verwendet. Das eine Mal werden durch sie Klappen oder Ventile geöffnet, das andere Mal werden Saiten angeschlagen.

Bei den erwähnten Untersuchungen mußte mit Befremden festgestellt werden, daß die heute allgemein übliche Klaviatur ganz und gar nicht dem Gesetz der Handanpassung genügt. Ursprünglich

schlug man die Tasten mit der Faust. Der dadurch bedingte konstruktive Aufbau der Klaviatur wurde dann — auf Fingergröße verkleinert — von Generation zu Generation kritisch übernommen. Auf der Suche nach einer richtigen Klaviatur fand Herig viele fast vergessene Konstruktionen: die von Clusam geschaffene Bogentastatur, bei welcher die Tasten der natürlichen Fingerstellung und Handhaltung am weitesten angepaßt ist. Die Santos-Klaviatur ist eine Terrassen-Klaviatur. Die Tasten sind chromatisch auf zwei Reihen so verteilt, daß auf einen Halbton in der einen Reihe der nächste Halbton in der darüberliegenden Reihe folgt, jede Reihe also eine Ganztonleiter enthält. Außerdem kann jeder Ton an drei verschiedenen Stellen angeschlagen werden, wodurch sich eine sechsstufige Terrasse ergibt. Der Spieler ist nun in der Lage, sich die dem anatomischen Bau seiner Hand am besten angepaßte Anschlagsstelle auszuwählen. Die Hand braucht ihre Lage kaum zu ändern, der Daumen kann immer unten spielen, die anderen Finger oben. Während bei der üblichen Klaviatur die Hand und der Fingersatz durch unzählige Methoden der Klaviatur angepaßt wurde, richtet sich die Santos-Tastatur nach der Hand. Man braucht nur einen Fingersatz für alle Durtonleitern und einen für die Molltonleitern zu lernen. Ein großer Vorteil der Santosklaviatur ist der, daß eine Männerhand ein und eine halbe Oktave und sogar eine Kinderhand eine Oktave bequem spannen kann. Durch all das wird beim Studium auf der Santosklaviatur etwa die Hälfte der Zeit gespart, die für das Lernen auf der Normaltastatur benötigt wird.

Sowohl der Badischen Hochschule für Musik in Karlsruhe wie auch dem Münchener Konservatorium für Musik stehen Santosinstrumente zur Verfügung, auf denen unterrichtet wird. An der Musikhochschule wurden bereits von zwei prominenten Künstlern, Professor Walter Rehberg und Professor Dr. Robert Schmidt, Konzerte auf der Santosklaviatur gegeben.

Aber nicht nur für Flügel und Klavier eignet sich die Santos-Tastatur, sondern auch für Orgel und Harmonium. Ein solches Santosharmonium hat die Karlsruher Pianofirma Maurer für die Ausstellung „Die denkende Hand“ zur Verfügung gestellt.

C. Böhnel,  
Leiter der deutschen Geschäftsstelle  
des Santos-Vereins.

Neue Aufzeichnungen über Gorki gefunden. Im russischen Staatsarchiv wurden Dokumente gefunden, über die Tätigkeit Gorkis vor der Kriegrevolution. Es wurden u. a. Briefe von dem ehemaligen russischen kaiserlichen Innenminister Spigatin, der, wie bekannt, von Revolutionären ermordet wurde, gefunden, in denen er den General und Gouverneur von Moskau, den Großfürst Sergius, der ebenfalls von Revolutionären ermordet wurde, bittet, Gorki für die Zeit seiner Anwesenheit in Moskau durch Geheimpolizei zu beobachten, da er nach seiner Auffassung in Beziehungen zu den geheimen russischen revolutionären Kreisen stehe. Die Dokumente sollen in der nächsten Zeit veröffentlicht werden.

### Freiburger Kunstverein.

Farbige Eindrücke einer Reise nach Java zeigt Fritz Heinschke in Berlin in einer umfangreichen Sammlung von Delibildern und Aquarellen. Dankbare Landschaftsmotive wechseln mit figürlichen Darstellungen von Tänzern und Tänzerinnen, effektvolles Requill des Mittelalters. Aber hinter diesen schon vom Stofflichen und Völkischen Gegenständlichen der wirkungslosen Bildern steht der Schatten eines Grobsten, unter dem auch Heinschekers reiche Farbenpalette verblasst: H a u g u i n ! Man zieht unwillkürlich Vergleiche und erkennt den Abgrund, der geniale Primitivität von einem anspruchsvollen Bildungsleben trennt.

Professor Oskar Graf-München und Cécile Graf-Pfaff sind mit akkurat gemalten und atmosphärisch beleuchteten Aquarellen vertreten, aus denen mehr betonte Liebe zum Detail als ursprünglich künstlerische Schau spricht.

### Kleine Nachrichten aus Kunst und Wissenschaft.

Leipzigs große Herbst-Auktion. C. G. Boerner in Leipzig wird seine berühmten Kunstauctionen in der zweiten Novemberwoche mit der Versteigerung von Kupferstichen alter Meister aus zwei berühmten Sammlungen eröffnen: aus dem Fürstl. Fürstent. bergischen Kupferstichkabinett und der alten Wettiner Sammlung Friedrich August II. von Sachsen. Aus dem Donauerschinger Kupferstichkabinett stammen ein ausgezeichnetes Dürerwerk, Radierungen Rembrandts, deutsche Graphik des 16. Jahrhunderts, Porträts von Morin, eine schöne Calligraphie und farbige Städteansichten, unter denen sich seltsame Americana befinden. Die Wettiner Sammlung enthält vor allem seltene frühe italienische Blätter des 15. Jahrhunderts, seltene Blätter deutscher Stecher des 16. Jahrhunderts, sowie eine schöne Ornamentensammlung. — In mehreren Versteigerungen wird die berühmte Sammlung Sinnes (Köln) zum Verkauf gelangen. Die erste Auktion bringt mit dem fast vollständigen Werk von Toulouse Lautrec ein Senfation. Das Werk wurde seinerzeit von dem Begründer des Inselverlages, Walter Henkel, gesammelt und ging nach dessen Tod an die Sammlung Sinnes über. Daneben wird in dieser Auktion hauptsächlich ausländische moderne Graphik versteigert. Man findet darunter Blätter von Delacroix, Corot, Degas, Rops, van Gogh, Maillo, Picasso, Mattise und Foujita, Welfi und Stauffer-Bern, Munch und die Deutschen Kollwitz, Lehmannbrun, Corinth, Steinhilber, Nolde u. a.

Shakespeare-Aufführung im Stadttheater Frankfurt (Oder): Intendant Robert Bückner hat für das Stadttheater Frankfurt (Oder), welches in der kommenden Spielzeit u. a. die neue Fassung des „Molière'schen „Don Juan“, nämlich „Der Spötter von Sevilla“ von Rudolf Wimmer zur alleinigen Uraufführung bringen wird, die Karl Klingler'sche Neuaufführung des fast nie auf der Bühne erschienenen Schauspiel „Pericles von Tyrus“ von Shakespeare zur alleinigen Uraufführung erworben.

\*) Siehe Badische Presse Nr. 381, 393, 410 und 422.

# Nachrichten aus dem Lande.

## Kreis Karlsruhe.

**Unterzombach, 15. Sept.** Ferdinand Lauber und seine Ehefrau Sophie können hier am kommenden Samstag das Fest ihrer goldenen Hochzeit begehen.

**ek. Köstersbach, 15. Sept. (Rücktritt des Bürgermeisters.)** Bürgermeister Axtmann, der seit 1918 an der Spitze der Gemeinde steht, trat von seinem Amte zurück. Vor seiner Wahl zum Bürgermeister bekleidete er das Amt des Ratsherrn.

## Kreis Heidelberg.

**Waldorf, 15. Sept. (Ein Fall zur Mahnung.)** Hier starb das zehn Monate alte Kind des Tagelöhners Andreas Neyses an den Folgen des Genusses von Zuckersüßigkeiten und Wasser, das ihm von Kindern verabreicht worden war.

**m. Eichelbach, bei Sinsheim, 15. Sept. (Vom Baum gestürzt.)** Beim Spielen stieg der 12 Jahre alte Jakob Füllinger auf einen Baum, wagte sich aber zu weit hinaus und stürzte durch das Brechen eines Astes ab. Mit schweren Verletzungen mußte der Junge ins Heidelberger Krankenhaus verbracht werden.

## Kreis Baden.

**Gaggenau, 15. Sept.** Hier starb im Alter von 51 Jahren die Oberin des Elisabethenhauses, Schwester Gertrudis v. Hl. Kreuz. In ihrem Verstehe wirkte sie mit großer Hingabe.

**Waldbaum, 19. Sept. (Voranschlag verordnet.)** Der Bürgerausschuß hat den Voranschlag für 1932/33, der eine Erhöhung der Umlage von 50 auf 90 Pf. vorsieht, abgelehnt. Darauf hat ihn der Bürgermeister auf Grund der badischen Haushaltsnotverordnung in Kraft gesetzt.

**n. Bühl, 14. Sept. (Sängerbeise aus Karlsruhe.)** Der Karlsruher Gesangverein „Rheingold“ stattete dem Bühlener Rebgebiet mit anschließendem Beisammensein in Bühl einen Besuch ab. Dem Vorstand und einem Teil der Mitglieder war Bühl von früheren Tagungen bekannt. Die Führung hatte Bürgermeister Dr. Grüninger übernommen.

**n. Bühl, 14. Sept. (Dienstjubiläum.)** Postdirektor Redlingsschäfer hat sein 40jähriges Dienstjubiläum gefeiert. Er hat während seiner Tätigkeit in Bühl dem Ausbau der Kraftpostlinien seine besondere Sorge angedeihen lassen.

**n. Bühl, 14. Sept. (Notstandsprojekt.)** Im Wege eines erweiterten Notstandsprojektes soll das Gebiet des Affentalerweges, das bei Hochwasser besonders zu leiden hat, durch Anlage eines Sammelbeckens für Wasser- und Grundmassen und Ausbau des Kanallationsnetzes entlastet werden. Auch das Gebiet der Binzen- und Schönbühl, in dem die bekannte Grobsteinkultur Garbrecht liegt, soll eine geeignete Entwässerung erfahren.

## Kreis Offenburg.

**Wichtelau-Um, 15. Sept. (Vom Pferd geschlagen.)** Beim Einspannen seines Pferdes wurde der Landwirt Karl Ott von dem plötzlich auslaufenden Pferd so schwer gegen die Brust getroffen, daß er mehrere Rippenbrüche davontrug und schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

**Rehl, 13. Sept. (Heimatfeste.)** Die Heimatfeste, die im Rahmen der großen Ausstellung „Schaffen und Wirken im Hanauerland“ veranstaltet wird, ist gefestigt. Das Hauptstück der Schau wird das Relief der alten Bauanfertigung Rehl sein. Aus allen Schichten der Bevölkerung werden der Schau Gegenstände aus Rehls Vergangenheit zur Ausstellung überlassen.

**oo. Sagsmeier (Amt Jahr), 14. Sept.** Die im Alter von 81 Jahren verstorbenen Hebamme Karoline Bähle Witwe, wurde dieser Tage zur letzten Ruhe gebettet. 50 Jahre stand sie im Dienste der hiesigen Gemeinde und hat während dieser Zeit beinahe 1000 Kindern zum Erdboden hin verholfen.

## Kreis Freiburg.

**Neustadt i. Schw., 14. Sept. (Eisenbahnjubiläum.)** Die Bahn Neustadt-Kappel-Benzloch-Bondorf kann am 20. September ihr 25jähriges Jubiläum feiern: am 28. September 1907 wurde sie eröffnet. Die Bahn war eine Lebensbedingung dieses Teils des Hochschwarzwaldes und hat der Fremdenindustrie Eingang verschafft.

**Reinach a. Rh., 11. Sept. (Musikfest.)** In Reinach fand am Sonntag ein Musikfest statt, zu dem die Bevölkerung der umliegenden Gemeinden in großer Zahl erschienen war. Neben mehreren Musikstapellen der Umgegend nahmen auch zwei elisassische Kapellen an der Veranstaltung teil. Am Abend fand ein Heimatabend mit Gesang und Musikvorträgen statt.

## Kreis Lörrach.

**Weiß a. Rh., 15. Sept. (Nettes Frühstück.)** Der 22jährige Max Köhler bedrohte vor einigen Tagen seinen Vater mit einem offenen Messer und wurde deswegen aus dem Elternhause verwiesen. Der Vater mußte nun feststellen, daß sein Sohn kein Sparstiefel mit 900 Franken, ferner drei Anzüge und einen Wintermantel mitgenommen hat. In drei Tagen war das Geld im Elsch zusammen mit Kollegen und in Damenbegleitung durchgebracht. Der Vater hat nun gegen den Sohn, der inzwischen festgenommen wurde, ein Gefändnis abgelegt, Strafantrag gestellt.

## Segelflieger in Durlach.

**B. Durlach, 15. Sept.** Wie die Segelfliegergruppe des Turnvereins Durlach mitteilt, veranstaltet sie am nächsten Samstag abend einen Wettbewerb für den Segelflugsport und am Sonntag vormittag soll die Tafel des von der Gruppe selbst gebauten Segelflugges erfolgen.

Die Anregung zur Gründung einer Durlacher Segelfliegergruppe erfolgte anlässlich der Generalversammlung des Oberhessischen Vereins für Luftfahrt in Karlsruhe im Mai dieses Jahres. Betriebsleiter Nikolaus Keiß und Fabrikant K. Rees setzten sich für den Gedanken ein und fanden in dem Vorsitzenden des Turnvereins Durlach, Lehrer F. Schneider, einen Helfer. So konnte am 4. Juni in einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung des Turnvereins zur Gründung einer Gruppe geschritten werden. Diplom-Ingenieur Weimar, Karlsruhe, hatte durch einen glänzenden Vortrag über Wesen und Bedeutung des Segelflugs seine Zuhörer so begeistern verstanden, daß sofort 30 Mitglieder der neugegründeten Gruppe beitraten. Am gleichen Abend wurde auch der Vorstand gewählt. Er setzt sich zusammen aus den Herren: F. Schneider, K. Keiß, Söll, Wehr, Ritter, Müller und Weigel.

Nachdem einmal der Rahmen geschaffen war, ging es gleich munter an die Arbeit mit dem Ziel, aus eigenen Mitteln und mit eigenen Händen das erste Segelflugzeug zu bauen. Ein Gerüst aus dem Turnvereins wurde kurz entschlossen zur Werkstatt herbeigeholt; drei Hobelbänke, ein paar Schraubstöcke, dazu Werkzeuge aller Art wurden von Mitgliedern zur Verfügung gestellt, und außerdem kam trotz der herrschenden Geldnot noch am Gründungsabend der stattliche Betrag von 150 RM. zusammen. Die Stadt und eine Anzahl hiesiger Firmen taten ein übriges und schon am Mittwoch, den 15. Juni, konnte mit der Arbeit begonnen werden. Nebenher liefen dann die Arbeiten einer inzwischen ebenfalls ins Leben getretenen Jugendabteilung, die unter fachkundiger Leitung im Modellflugbau unterrichtet wurde und deren Mitglieder meist Knaben im Alter von 10 bis 14 Jahren, mit heller Begeisterung ihrer Aufgabe obliegen. Die Leitung des

## Kreis Waldshut.

**Waldshut, 15. Sept. (Von der Staatspolizei.)** Am nächsten Montag soll die in Waldshut stationierte Hundertschaft der Staatspolizei diese Stadt wieder verlassen, und zwar werden die Beamten in verschiedene Städte verlegt. Gleichzeitig wird eine neue Hundertschaft aus Freiburg i. Br. in die hiesige Kaserne kommen.

**3. Säckingen, 15. Sept. (Geld liegt auf der Straße.)** Ein hiesiger Kraftwagenführer hatte einen größeren Bargeldbetrag von hier nach Wehr zu bringen und das Geld in einem verschlossenen Koffer auf der Rückseite des Autos verstaubt. Aus unbekannter Ursache öffnete sich unterwegs der Deckel des Koffers, der Geldbehälter fiel heraus und das Bargeld rollte auf die Straße. Zum Glück bemerkte der Führer diesen „Geldabfluß“ sofort und konnte mit Unterstützung einiger Straßenpassanten die überall umherliegenden Silbermünzen bis auf einen kleinen Betrag wieder bergen.

## Kreis Willingen.

**Il. St. Georgen i. Schw., 13. Sept. (Befriedigende Kurortsbilanz.)** Wie sehr sich St. Georgen, die „Stadt auf dem Berge“, als Kurort wachsender Beliebtheit erfreut, beweist die Tatsache, daß zur Zeit noch eine stattliche Anzahl Kurgäste die schönen Spätsommerstage hier zubringen. Mit dem Fremdenverkehr während der Sommermonate ist man hier sehr zufrieden gewesen. Für die Zeit vom 1. Januar bis 31. August d. J. ist die Zahl der Uebernachtungen um rund 2500 höher als im Vorjahr. Die Monate Juli und August brachten in diesem Jahre bedeutend mehr Gäste als im Vorjahr. Die Statistik verzeichnet im August d. J. pro Tag 800 Kurgäste. Großer Beliebtheit erfreute sich das herrlich gelegene Strandbad am Klostersee.

# Wirtschaftliches aus Baden.

## Zwischenbilanz in St. Blasien.

**Mehr Besuche aus dem Inland — weniger aus dem Ausland.** St. Blasien, 14. Sept. Mit dem Abschluß der Statistik für den Monat August läßt sich der Verlauf der Sommerferien übersehen und ein Vergleich mit der des Jahres 1931 ziehen. Es sind in den Monaten Juni bis August gezählt worden:

	Angelommene Fremde	Uebernachtungen
1931:	2714	45.511
1932:	2766	48.204

Gegen das Vorjahr ist die Zahl der angekommenen Fremden um rund 2 v. H. und die der Uebernachtungen um rund 5 v. H. gestiegen. Die Zunahme ist ausschließlich auf den Besuch aus dem Inland zurückzuführen; denn der Ausländerverkehr hat im ganzen abgenommen. Für ihn sind ermittelt worden:

	Angelommene Ausländer	Uebernachtungen
1931:	520	5.459
1932:	497	4.980

Bei den Ankünften macht die Abnahme 5 v. H. und bei den Uebernachtungen 10 v. H. aus. Die Bewegung ist aber nicht bei allen Herkunftsländern einheitlich verlaufen. Es konnten z. B. festgestellt werden:

	Angelommene Fremde	Uebernachtungen		
1931:	1932:	1931:	1932:	
aus England	78	39	285	86
aus Holland	96	73	446	571
aus der Schweiz	166	259	753	951

Der starke Rückgang des Besuchs aus England und Holland ist der Beachtung wert; er hängt wohl zum Teil mit den wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Herkunftslandes und mit den politischen Geschehnissen im Gastland zusammen. Gut entwickelt hat sich der Besuch aus der Schweiz, ein Zeichen für die Verbundenheit mit der Nachbarschaft auf dem Gebiete des Fremdenverkehrs.

## Organisierte Jungbauern.

**Neuweier, bei Bühl, 13. Sept.** In dem schönen Weinort Neuweier hielt der Landesverband „Jungbauernschaft Badens“ seine diesjährige Landesversammlung ab. Die Jungbauern kamen von nah und fern. Im Mittelpunkt der Tagung stand das Referat von Direktor Dr. Schmöder vom Badischen Bauernverein über „Berufsbündige Gliederung in Gesellschaft und Wirtschaft“. In seinen Ausführungen machte er zunächst seine besonderen Freunde, die Jungbauern, mit den Begriffen: Berufsstand, Landstand, Gesellschaft usw. vertraut und ging dann ein auf die Wirksamkeit in der menschlichen Gesellschaftsordnung und zog hieraus die Folgerung, daß es nur durch berufsbündige Gliederung zu einer Neuordnung der menschlichen Gesellschaft komme. Der Vortrag, der für viele ein ganz neues Gebiet berührte, fand starken Beifall. Musikalische und turnerische Darbietungen und Reigenaufführungen umrahmten die Veranstaltung, die mit dem Deutschlandlied endigte.

Genzen liegt in den bewährten Händen von Rik. Keiß, der mit unermüdlichem Eifer sein umfassendes Wissen und technisches Können in den Dienst der Sache stellt.

So kann es nicht wundernehmen, daß schon am 24. August die Maschine auf dem Turmvereinsplatz im Kobbau ausgestellt werden konnte. Die saubere und pünktliche Ausführung fand ungeteilte Anerkennung, und rasch füllte sich auch die aufgestellte Sammelbüchse, was umso mühenswerter erschien, als die vorhandenen Mittel inzwischen völlig zur Neige gegangen waren. Auch für die Zukunft wird noch manche freiwillige Spende nötig sein, um die — trotz aller unentgeltlich geleisteten Arbeit und trotz der dankenswerten Unterstützung auch die Stadt und verschiedene hiesige Firmen nicht zu vermeindernden erheblichen Vorauslagen zu bedenken. Heute steht die Maschine auch in ihrem äußeren Gewand vollständig fertig da, und jeder Beschauer muß seine Freude haben an dem schmalen, überglänzenden Vogel, der nunmehr seiner Taufe und Inbetriebnahme harret. Für alle Zukunft nun der jungen Fliegergruppe ein kräftiges Glück ab!

## Ein wertvoller historischer Fund.

Ein Schmuckstück aus Ägypten.

**hn. Bad Rappenau, 15. Sept.** Bei der Kartoffelernte wurde auf einem hiesigen Acker ein vorchristlicher, ägyptischer Anhänger gefunden. Da im Jahre 47 v. Chr. die Römer unter Caesar zu Kleopatras Zeit in Ägypten Krieg führten, so nimmt man an, daß Römer, die ja auch in Bad Rappenau Siedlungen hatten und bis zum Jahre 100 n. Chr. hier anständig waren, dieses wertvolle Stück mitgebracht und verloren haben. Der Anhänger besteht aus Goldbronze. Beiderseits sind hübsche Bilder ausgeätzt und der Grund ist weiß und rot emailiert. Das heiderseitige Emaille des Schmuckes erhört seinen Wert, da dieses Verfahren heute noch sehr schwierig ist. Die Bilder dieses ägyptischen Schmuckes stellen dar: Vogelnest und Ernten der Früchte, den heiligen Käfer Scarabäus, die Bitte um Regen und das Totenkopfschiff über dem Charon, dem Fluß der Unterwelt. Der Fund, der noch tadellos erhalten ist, wurde dem hiesigen Heimatmuseum übergeben.

## Deutsche Volkspartei und Konkordat.

Von der Deutschen Volkspartei, Landesverband Baden, wird parteiamtlich mitgeteilt:

Die in der Presse wiederholt auftauchenden Nachrichten über die Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zu Konkordatsverhandlungen entbehren jeglicher Grundlage, da die zuständigen Organe der Deutschen Volkspartei zu dieser Frage noch keine Beschlüsse gefaßt haben.

## Zu Zuchthaus verurteilt

wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt.

**D3. Freiburg, 15. Sept.** Die Große Strafkammer Freiburg verurteilte heute unter Vorsitz von Landgerichtsdirektor Dr. Meyer einen Hamburger Zimmermann und einen Arbeiter aus Freiburg wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt. Beide hatten am 16. August in angetrunkenem Zustande in der Nähe des Freiburger Stadtgartens ruhestörenden Lärm verursacht und Passanten belästigt. Den einschreitenden Polizeibeamten setzten sie lebhaften Widerstand entgegen und griffen sie tätlich an. In der heutigen Verhandlung wurden die beiden Angeklagten auf Grund der Notverordnung des Reichspräsidenten vom 9. August zu je einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Vier Wochen der Untersuchungshaft wurden angerechnet. Der Staatsanwalt hatte je eineinhalb Jahre Zuchthaus beantragt.

## Hollands Königin-Mutter

kommt in den Schwarzwald.

Wie uns aus Rotterdam gemeldet wird, beabsichtigt die Königin-Mutter von Holland noch im Laufe dieser Woche eine Deutschlandreise anzutreten. Die Königin-Mutter wird zunächst nach Trossen, ihrer Heimat, fahren und anschließend den Schwarzwald besuchen, wo sie sich bis Mitte Oktober aufzuhalten gedenkt.

## Milchkrieg in Freiburg.

Man fordert Aufhebung des Pasteurisierungszwanges.

**Freiburg i. Br., 15. Sept.** Der hier eröffnete Feldzug gegen den beanspruchten Milchpreis von 28 Pfennigen für den Liter im Kleinverkauf ergreift immer weitere Kreise der hiesigen Bevölkerung und hat zu einer geschlossenen Abwehrfront der Milchkonsumenten geführt, deren Hauptforderung in der sofortigen Aufhebung des verteuerten Pasteurisierungszwanges gipfelt. Auch in der letzten Bürgerauskunftung war ein dahingehender Antrag von fast allen Parteien an die Stadtverwaltung gerichtet worden, die jedoch eine Stellungnahme hierzu mit der Begründung ablehnte, daß ihr durch das Milchgesetz jede Möglichkeit einer Einwirkung genommen und die Preisfestsetzung ausschließlich dem Milchproduzentenverein vorbehalten sei. Nachdem im Zusammenhang mit dieser Erklärung der Stadtverwaltung der Aufsichtsratsvorsitzende der Freisauer Milchzentrale, Bauernvereinspräsident Schill, sein Amt niedergelegt und der Milchproduzentenverein in einer scharfen Erklärung an die Adresse des Stadtrats jedes Entgegenkommen verweigert hat, droht jetzt ein offener Milchkrieg der Freiburger Bevölkerung auszubrechen. In einer am Dienstag abend stattgefundenen, stark besuchten, öffentlichen Protestversammlung wurde die Haltung des Milchproduzentenvereins auf das schärfste verurteilt und die umgehende Aufhebung des nun noch in Baden bestehenden Pasteurisierungszwanges verlangt, andernfalls die heimische Bürgerschaft zur Selbsthilfe schreiten und einen allgemeinen Milchstreik propagieren werde. In einer einstimmig gefaßten Entschließung an den badischen Innenminister wurde das sofortige Eingreifen des Preiskommissars und die Festsetzung eines gerechten Milchpreises gefordert.

## Wird die Autostraße

Mannheim-Heidelberg-Frankfurt gebaut?

Es wäre Arbeit für Tausende.

**Mannheim, 15. Sept.** Nach der amtlichen Verkaufsanfrage über den Besuch des badischen Staatspräsidenten beim Reichspräsident hat dieser seine Zustimmung dazu gegeben, daß für die Benützung der zu erbauenden Autostraße Mannheim-Heidelberg-Frankfurt eine Gebühr erhoben wird. Damit ist dieses großzügige Projekt, für dessen Durchführung sich der Hatzraba-Verein (Autostraße Hansestädte-Frankfurt-Basel) schon seit Langem einsetzt, wieder stark in den Vordergrund getreten. Die Autostraße soll weder dem Reiche, noch dem Lande Baden Kosten verursachen. Notwendig wäre nur eine wohlwollende Auslegung des Finanzausgleichsgesetzes, die es ermöglicht, auf der Autostraße Gebühren zu erheben. Der Gesamtaufwand für die Autostraße Hatzraba beträgt etwa 25 Millionen von denen auf den badischen Anteil der Straße etwa 8—10 Millionen entfallen würden. Dieser Betrag soll finanziert werden durch Erhebung der Gebühren. 75 Proz. aller Kosten der Straße umfassen allein die Arbeitslöhne. Die große soziale und wirtschaftspolitische Bedeutung der Straße geht auch daraus hervor, daß allein die Vorarbeiten die Möglichkeit bieten, über 3000 Arbeitsdienstwillige zu beschäftigen. Nach dem Verlauf der Unterredung des badischen Staatspräsidenten mit dem Reichspräsidenten besteht begründete Aussicht, alle Hindernisse wegzuräumen, die bisher den Bau der Straße verzögert haben.

## Arbeitsbeschaffungsprogramm in Ladenburg.

**Ladenburg, 15. Sept.** Der Gemeinderat befaßte sich in seiner letzten Sitzung mit einem umfassenden Programm von Notstandsarbeiten bezw. von Arbeiten, die im Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes gefördert werden sollen. Danach sollen zunächst vom Stadtbauamt 3000—5000 cbm Kies zur Ausgrabung des Nedars im Staugebiet zur Verfügung gestellt werden. Das Arbeitsprogramm sieht weiter vor: Herrichtung des Nedarstrandbades, Regulierung des Baches zwischen der Abbederei und der Kautenmühle, Herrichtung von Feldwegen, Schaffung eines Kinderplatzes, Bau einer Umfahrungsstraße zur Entlastung der Hauptstraße, Aufbarmachung von Gelände beim Industrieareal und die Schaffung einer Eisbahn auf dem ehemaligen Bergerischen Lagerplatz.

## Tarifvertrag für das Versicherungsgewerbe.

Wie uns vom Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDV) mitgeteilt wird, haben die Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband des Versicherungsgewerbes zu dem Ergebnis geführt, daß der Reichstarifvertrag für die Angestellten in allen Teilen bis zum 31. März 1933 verlängert wird.

## Märkte in Baden.

**Stielingen, 14. Sept. Schweinemarkt.** Zufuhr: 100 Milchschweine, 15 Säuger. Preise: 16—25 RM., pro Paar, 20—40 RM., für Käufer per Paar. Dandel: lebhaft. Räder Markt am Mittwoch, den 21. Sept.  
**Stielingen, 14. Sept. (Schweinemarkt.)** Zutrieb: 68 Ferkel und 127 Säuger. Verkauf: 65 Ferkel und 112 Säuger. Preis für Ferkel das Paar 18,5—20 RM., für Käufer das Paar 22—24 RM. — **Hindrichs- und Herdemarkt.** Zutrieb: 20 Rinde, 8 Kühe, 4 Kälber, 6 Pferde. Verkauf: 4 Rinde zum Preis von 240—300 RM., 8 Kühe zum Preis von 85—120 RM., 1 Kalb zum Preis von 80 RM., 1 Pferd, zum Preis von 120 RM.  
**Drienberg, 14. Sept.** Es wurden verkauft: Zmettschen 6—8, Kefel 5—8, Birnen 6—10, Birfile 10—18, Tomaten 5—6 Pf. je Stuck.

# Nervös? - Dann Kaffee Hag

### Aus der Landeshauptstadt.

Karlsruhe, den 16. September 1932.

#### Ueberangebot auf dem Gemüßemarkt.

Starke Zufuhr von Obst.

Der Großmarkt war am Donnerstag mit Kartoffeln, und zwar mit „gelber Industrie“ gut versehen; die Nachfrage war nur mittelmäßig. Sehr reichlich beschickt war der Gemüsemarkt, und zwar mit Kohlrabi, Weißkohl, grünen Bohnen und gelben Rüben. Etwas geringer war die Zufuhr an Blumenkohl, Spinat, Karotten und grünen Erbsen. Letztere fanden sehr wenig Interesse; auch das übrige Gemüse war nur mittelmäßig begehrt. Dies wiederholte sich auch bei Salatgurken, Kopf- und Endivienalat, obwohl die Nachfrage nach Salatgurken und Endivienalat reichlich war. Etwas geringer war das Angebot an Meerrettich und noch geringer war die Nachfrage darnach.

Am besten war es mit dem Angebot auf dem Obstmarkt bestellt. Es gab sehr viele Tafeläpfel, Tafelbirnen, Trauben, Zwetschgen und Pfirsiche, namentlich inländ. Groß war auch die Zufuhr an Kirschen, Spalier- und Kochbirnen, Tomaten, Preiselbeeren und Nüssen. Aber auch nach Obst erreichte die Nachfrage, bis auf die lebhaft begehrten Zwetschgen, nur mittelmäßigen Umfang. Ganz wenig gesucht waren Kirschen, Kirschen und Nüsse.

Endlich waren noch Südfrüchte angeboten und zwar Bananen und Zitronen, erstere in großem Umfang. Die Nachfrage war nach Zitronen ganz gering, nach Bananen etwas besser. Das Ausland war auf dem heutigen Großmarkt nur mit Obst vertreten, und zwar gab Preiselbeeren aus Finnland, Trauben aus Frankreich und Italien, ferner aus Italien Zitronen und Pfirsiche, aus Westindien und aus Rumänien Nüsse.

#### Kampf gegen die Autodiebstähle.

Die Zahl der Autodiebstähle hat sich in der letzten Zeit erheblich vermehrt. Ferner ist auch die Wiedererlangung gestohlener Kraftfahrzeuge durch die Eigentümer erschwert worden, weil gut organisierte Diebstahlgesellschaften die Wagen mit größter Schnelligkeit umarbeiten, die Motornummern ändern und gegebenenfalls auch die Karosserieteile austauschen. Das geschieht nicht nur, um die Wiedererkennung des Fahrzeugs zu erschweren, sondern um die Wüchsigkeit der „Kundenschaft“ zu erfüllen. Da ein großer Teil der Kraftfahrzeuge nicht gegen Diebstahl versichert ist, so entsteht den Eigentümern ein empfindlicher Verlust. Handelt es sich um versicherte Fahrzeuge, so trifft der Verlust zwar nicht den Eigentümer direkt, aber die Höhe der von den Versicherungsgesellschaften in letzter Zeit zu leistenden Entschädigungen ist so groß geworden, daß man für die Zukunft eine Erhöhung der Prämien befürchten muß. Um wirksame Maßnahmen zur Verminderung der Autodiebstähle zu beschließen, haben daher Vertreter der im Reichsausschuß der Kraftverkehrsindustrie zusammengeschlossenen Automobilclubs im preussischen Innenministerium vorgeschlagen. Als Ergebnis dieses Besuchs, bei dem alle Möglichkeiten eingehend erörtert wurden, ist es anzusehen, daß künftig die Stellen, welche mit der Ausstellung von Gutachten über in den Verkehr zu bringende Kraftfahrzeuge und mit der Zulassung selbst zu tun haben, die Kraftfahrzeuge scharfer daraufhin prüfen werden, ob sie den Verdacht unrechtmäßigen Erwerbs rechtfertigen. Aber auch die Kraftfahrzeugbesitzer werden in Zukunft besonders darauf achten müssen, daß sie ihre Wagen beim Verlassen abschließen.

Andere Maßnahmen, wie die Einführung gestanzter Nummernschilder, die Anbringung von Diebstahlsicherungen und die Verwendung von verschiedenartigen Zündschlüsseln, die bisher nur ein deutsches Fabrikat aufweist, werden noch erwogen.

#### Die Ablösung der Hauszinssteuer.

Am 30. September läuft bekanntlich die Frist ab, bis zu der die Hauszinssteuer mit dem Dreifachen des Betrages abgelöst werden kann. Bis zu diesem Datum kann auch die ab 1. April eingezahlte Hauszinssteuer zur Hälfte aus der Ablösungssumme angerechnet werden. Ab 1. Oktober erhöht sich der Ablösungsbetrag auf das Dreieinhalbfache. Da der Termin heranrückt, möchten wir unsere Leser nochmals auf ihn aufmerksam machen.

#### Bekämpfung der Schwarzarbeit.

Wie der Parlamentsdienst der Telegraphen-Union erfährt, werden in den Ausführungsbestimmungen der neuen Notverordnung der Reichsregierung besondere Vorschriften enthalten sein, durch die die sogenannte Schwarzarbeit wirksam bekämpft werden soll. Wie von gut unterrichteter Seite erklärt wird, haben sich auf diesem Gebiet außerordentlich große Auswüchse entwickelt. Schätzungsweise sollen 70-80 v. H. in erster Linie der Hausreparaturen von Schwarzarbeitern ausgeführt werden. Bei Vergeltung der Hausreparaturarbeiten, die aus dem im Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung vorgesehenen 50 Mill.-Fonds bestritten werden, wird streng darauf geachtet werden, daß jegliche Schwarzarbeit ausgeschlossen bleibt. Aufträge dürfen nur an Handwerker erteilt werden, die sich darüber ausweisen können, daß sie als selbständige Gewerbetreibende angemeldet sind. Auch bei Vorlegung der Rechnungen über diejenigen Reparaturarbeiten, die aus Mitteln des 50 Mill.-Fonds bezahlt werden, soll eine strenge Kontrolle erfolgen.

Es ist ferner daran gedacht, örtliche Ausschüsse zu bilden, die die Durchführung der Bestimmungen zwischen Hausbesitz und Handwerk regeln und prüfen sollen.

— Glückwunschtelegramme zum jüdischen Neujahrsfest. Die Deutsche Reichspost läßt — wie auch andere Telegraphenverwaltungen — zum jüdischen Neujahrsfest (1. Oktober) wieder einen Glückwunschtelegrammdienst zu wesentlich ermäßigter Gebühr zu. Solche Glückwunschtelegramme können vom 26. September bis 10. Oktober bei sämtlichen Telegrammannahmestellen aufgegeben werden; sie sind zugelassen im innerdeutschen Verkehr, im Verkehr mit Belgien, Bulgarien, Dänemark, Finnland, Ungarn, Lettland, Litauen, Rumänien, Saargebiet, der Schweiz, der Tschechoslowakei, Ungarn, Ägypten, Palästina und Irak, ferner mit den Vereinigten Staaten von Amerika und mit Kanada. Ueber die Gebühren und alle weiteren Bedingungen geben die Telegrammannahmestellen Auskunft.

— Im Verein für „Deutsche Kurzschrift (Nationalstenographie)“ berichtete Herr Otto Veltke über die Tagung des Reichsbundes für Deutsche Kurzschrift in Weimar. Besondere Aufmerksamkeit erregten die Mitteilungen über den Vortrag, den der wissenschaftliche Direktor des Deutschen Hygienemuseums, Prof. Dr. Vogel in Dresden hielt. Der Geist des Menschen sei mit Wissenschaft belastet. Vom medizinischen und hygienischen Standpunkt aus sei Entlastung zu wünschen. Sie könne ohne Beeinträchtigung des Wissens im wesentlichen durch Vereinfachung der Schrift erzielt werden, einmal durch Vereinfachung der langfristlichen Rechtschreibung und noch wirkungsvoller durch Einführung einer einfachen Kurzschrift. Er (Dr. Vogel) sei seit 34 Jahren Stenograph, habe die verschiedenen Systeme kennen gelernt und sich in seinem Beruf auch wissenschaftlich beschäftigt. Vom medizinischen und hygienischen Standpunkt aus halte er die „Deutsche Kurzschrift (Nationalstenographie)“ für besonders vorteilhaft. Sie entlaste den menschlichen Geist infolge ihrer wirklich leichten Erlernbarkeit und besonders infolge ihrer einfachen Anwendung am wirksamsten. In einer Entschließung an die Reichsregierung in sämtlichen Länderregierungen wurde Prüfung der geltenden Bestimmungen für den Kurzschriftunterricht an Schulen aller Art und Vergleichsstufe in Deutscher Kurzschrift mit der Reichskurzschrift gefordert.

Die Gurke als Tabakspfeife. In einem Kleingarten bei der Fabrik von Sunkel & Ruh wurde dieser Tage eine Gurke geerntet, die haarhaft die Form einer Tabakspfeife mit schön geschwungenem Pfeifenrohr und kleiner Mundspitze aufweist.

## Die Reklame im Wirtschaftsprozess.

Der Reklamekongreß 1932 in Stuttgart.

Auf dem Reklamekongreß, den der Deutsche Reklameverband am 10. und 11. September in Stuttgart im Rahmen seiner Reichstagsung veranstaltete, wurde vor allem versucht, die wichtige Funktion der Reklame im wirtschaftlichen Gesamtprozeß vor Augen zu führen. Dabei wurde besonders nachdrücklich auf die Zeitungsanzeige als wichtigstes Werbemittel hingewiesen.

Im Mittelpunkt der auch durch den Kundfunk übertragenen Rundgebung stand die Rede des Herrn Generaldirektor Dr. h. c. Esser, Stuttgart, der eine eindringliche Darstellung

#### Der Tagespresse als Kulturfaktor

gab und dabei auch der Zeitungsanzeige gedachte. Der Redner wies zunächst auf die unbestreitbare Tatsache hin, daß neben der Schule und dem Elternhause die deutsche Presse das geistige Gesicht der Nation bestimmt. Wieviele Künftler sind im Laufe der Zeit gerade von der Presse entbedet und herausgestellt, wieviel Erfindungen und wissenschaftliche Bestrebungen durch sie gefördert worden! Wieviel haben die Zeitungen zur Verbreitung und Popularisierung der medizinischen Forschung und der modernen Hygiene getan!

Auch im Anzeigenteil findet das kulturelle und wirtschaftliche Leben der Nation seinen besonderen Ausdruck. Die Zeitungsanzeigen haben ihre eigene publizistische Note; sie sind nicht „Reklame“ im gewöhnlichen Sinn, nicht allein Mehrer des Absatzes und Umsatzes, sondern auch Verbindungsstelle für jegliche Lebensäußerung und alle Lebensbedürfnisse, mitunter auch Schicksalsbildner und Schicksalsträger der Menschheit. So gehört die Anzeige zur Zeitung in untrennbarer Verbundenheit; sie wird verlangt und erwartet, sie ist ebenso Lebensstoff wie alles übrige was in der Zeitung steht; sie hat ihren festen Interessentenkreis, erweckt Zuversicht und bestift Vertrauen, und man weiß, daß die Zeitungsanzeige unbedritten an die Spitze aller Werbemaßnahmen gehört.

Wenn in der Zeitung der redaktionelle Inhalt den Niederschlag der öffentlichen Meinung darstellt, so soll der Anzeigenteil ein Gegenstück sein, das nicht aus dem Gesamtstrom herausfällt, also ebenfalls eine Erscheinungsform der Kultur, auf die das Wort zutrifft, daß auch hier in erster Linie der Geist es ist, der sich den Körper baut. Der Geist, der aus den Erkenntnissen des Daleins schöpft und sich schließlich den Bedürfnissen des Lebens anpaßt, der Geist, der die richtigen Worte zu passender Zeit findet, der Geist, der anzuregen, aufzurütteln und zu überzeugen versteht. Wenn dieser Geist harmonisch mit den graphischen Künsten verbindet, wenn die Sprache den Ton findet, der sich in die Formgebung einleiert, wenn so die Eindringlichkeit des Angebots sich mit den optischen Wirkungen der Darstellung vereinigt, dann kommen wir den ideellen und materiellen Zielen der modernen Reklame näher. In diesem Sinne müßte jede Werbetätigkeit von bestimmtem Charakter getragen sein, so daß man auch auf die Zeitungsanzeige angewandt, variierend sagen könnte: Zeige mir Deine Anzeigen, und ich sage Dir, wer Du bist.

Die mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen Dr. Essers endeten mit einem

#### Aufruf zu einer wohlüberlegten, planmäßigen, mit hingebender Aufmerksamkeit betriebenen Werbung.

die einer der wichtigsten Stützen der Volkswirtschaft ist. Er rief auf zu einer gesunden Reklame, die neue Wege in die Zukunft weist, zur Behandlung aller Werbemaßnahmen als eines Hauptfaches wirtschaftlichen Denkens, das zu vermehrter Beschäftigung und zu neuem Aufstieg führen soll.

Ebenso nimmt auch auf der Ausstellung neuzeitlicher Werbung und Bürotechnik, die gleichzeitig mit dem Reklamekongreß stattfindet, die Zeitung und damit auch die Anzeige einen wichtigen Platz ein. Das bunte Bild einer Landkarte zeigt am Beispiel Württembergs, wie sich die Tagespresse über das ganze Gebiet räumlich verteilt und wie zweckmäßig durch die Zeitungsanzeige die gesamte Bevölkerung eines Landes erfasst wird. An den Wänden räumig betonen prägnante Sätze die Bedeutung der Zeitungsanzeige als unentbehrlicher Werbehelfer. Einige dieser einprägsamen Sätze geben wir nachstehend im Wortlaut wieder:

#### Immer zur rechten Stunde

wirkt das Angebot in der Tageszeitung. Nie wird die Zeitungsanzeige als Störung empfunden, wie so manche andere Reklame. Wenn der Leser am empfänglichsten ist, wenn er am besten Zeit hat, wirkt auf ihn das Angebot durch die Zeitungsanzeige.

#### Zeitungsanzeigen haben Erfolg

weil der Leser den Anzeigenteil ebenso aufmerksam liest wie den redaktionellen Teil.

Er kauft und abonniert die Zeitung vielfach auch wegen der Anzeigen.

Deshalb: Durch Zeitungsanzeigen werden — wirksam werden.

#### Billig werden? — Durch Anzeigen werden!

Die Zeitungsanzeige ist das billigste Werbemittel, weil es das erfolgreichste ist. Für den Bruchteil eines Pfennigs schon trägt sie dem einzelnen Leser das ausführliche Angebot ins Haus. Wozu also zweifelhafte und unnütze Experimente? Man spart überflüssige Ausgaben durch die Zeitungsanzeige.

#### Man sucht und findet

Personal und Stellen, Gegenstände zu verkaufen und zu erwerben, Geld zu leihen und zu beleihen, Wohnungen zu vermieten und zu mieten, überhaupt

Alles im privaten und wirtschaftlichen Leben

Am sichersten und schnellsten durch die Zeitungsanzeige!

## Steuererlenkung statt Zinsenkung.

Vorstand und Reichsausschuß des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzervereine haben sich eingehend mit dem Zinsproblem befaßt und sind zu folgenden Ergebnissen gelangt:

Es bestand Einmütigkeit darüber, daß die innerdeutschen Zinslasten — insbesondere auch am Realcreditmarkt — in ihrer gegenwärtigen Höhe eine Belastung darstellen, unter denen der Wirtschaft und Hausbesitz zu erliegen droht. Die zahlreichen Bestrebungen, durch Schaffung zusätzlicher Zahlungsmittel eine Herabsetzung des Zinsfußes zu erreichen, müssen aber als eine gefährliche Verwässerung der Begriffe Geld und Kapital abgelehnt werden. Jeder generelle Zwangseingriff hätte die völlige Untergrabung des Vertrauens und damit die Vernichtung jeglicher künftiger Kreditgrundlage zur Folge. Die zwangsweise Zinsherabsetzung durch Scheckstellen muß ebenfalls abgelehnt werden, weil es nicht Aufgabe der Gerichte sein kann, nach subjektivem Ermessen in die Eigentums- und Vertragsverhältnisse der Staatsbürger einzugreifen. Die mit den Aufwertungsstellen gemachten Erfahrungen bestätigen die Gefährlichkeit einer solchen Regelung.

Um aber das Ziel der Zinsentlastung der Wirtschaft, insbesondere auf dem Realcreditmarkt, zu erreichen, schlägt der Haus- und Grundbesitzer folgende Wege vor:

1. Da im Zins stets eine Risikoprämie enthalten ist, dieses Risiko aber infolge der steuerlichen Ueberbelastung, die die Rentabilität des Hausbesitzes vermindert, ungebührlich überhöht ist, muß zur Wiederherstellung des Vertrauens in die Kreditwürdigkeit des Hausbesitzes eine allgemeine Entlastung des Hausbesitzes in steuerlicher Hinsicht als Vorbedingung für das Gelingen einer organischen Zinsenkung durchgeföhrt werden.

2. Für die Rückzahlung solcher Hypotheken, die nach § 247 BGB. infolge einer höheren als sechszwanzigprozentigen Verzinsung vorzeitig fällig werden können, sind vom Reich Kredite zur Verfügung zu stellen, da der Schuldner heute infolge Mangels an Erbschaftkapital diese von ihm geschaffene Schutzvorschrift nicht auszunutzen in der Lage ist.

3. Solange diese Mittel nicht bereitgestellt werden, muß eine steuerliche Entlastung dergestalt vorgenommen werden, daß die über das Ausmaß von 6 v. H. hinausgehenden Zinsver-

pflichtungen aus allen bereits bestehenden Schuldverhältnissen im Wege des Steuerablasses für den Grundbesitz ausgeglichen werden.

4. Ausgehend von der Erwägung, daß das Zinsniveau am Realcreditmarkt stets führend einwirkend wird von der Entwicklung des Pfandbriefmarktes und Pfandbriefkurses muß die Gesundung hier einsehen in einer systematischen Senkung des Pfandbriefzinses. Alsdann sind die unter öffentlicher Aufsicht stehenden Realcredittäger anzubahnen, ihrerseits in der Vergabung der Hypotheken der Entwidlung der Pfandbriefkurve und dem hieraus resultierenden Zinsniveau unverzüglich Folge zu leisten.

Wenn in dieser Entschließung gegen jeden Versuch durch eine allgemeine Zinsenkung das Vertrauen auf dem Kapitalmarkt zu erschüttern Einpruch erhoben wird, so ist dem beizufolgen. Ebenso auch, daß durch Schaffung zusätzlicher Zahlungsmittel kein Ausweg aus der Wirtschaftskrise zu finden ist. Aber was die Spitzenerbände als Erlaß vorzulegen ist in Anlage und Ausführung nicht so einfach. Sie fordern zunächst an Steuererlenkung, um mit Hilfe dieser Steuererlenkung eine Zinsenkung vorzubereiten.

Indessen muß darauf hingewiesen werden, daß jede Steuererlenkung auch einen Ausfall in den öffentlichen Einnahmen bedeutet, für die vorher ein Ausgleich geschaffen werden muß. Es ist ferner darauf hinzuweisen, daß es für das Reich kaum möglich sein wird, die finanziellen Mittel bereitzustellen, um die Hypotheken, die höher als mit 6 v. H. verzinst werden, abzulösen. Das ist nämlich der eigentliche Sinn des Vorschlags der Haus- und Grundbesitzer, der sich auch darauf stützt, daß nur durch eine sorgfältige Behandlung des Kapitalmarktes die Kreditgrundlage für die Wirtschaft gesichert bleiben kann. Das ist alles richtig, aber der Haus- und Grundbesitzer muß auch darauf achten, daß die Sicherung der Kreditgrundlage auch davon abhängig ist, ob es gelingt, die einzelnen Objekte wertbeständig zu erhalten. Dazu gehört beispielsweise für den Althausbesitz der Zwang, umfangreiche Erneuerungen vorzunehmen, was ja auch im Sinne des Senkung der Grund- und Gewerbesteuer dienen, sowie die Bereitstellung eines Fonds in Höhe von 50 Millionen Mark.

### Generalmusikdirektor Fröh Busch,



seit zehn Jahren der gefeierte Leiter der Dresdener Staatsoper, hatte mit der Dresdener Philharmonie kürzlich einen ungeheuren Erfolg in Venedig anlässlich des internationalen Musikfestes, zu dem der berühmte deutsche Dirigent und das hervorragende Orchester eingeladen waren. Durch diese künstlerische Großtat hat das Deutschtum wiederum eine hoch anzuschätzende Stärkung im Ausland erfahren. Am Samstag, den 17. September, spielen die „Dresdener“ unter Meister Busch auch in der Karlsruher Festhalle. Karten bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 81, und Bielefeld am Marktplatz.

☛ Kaffee Vauer. Die neue Kaffee Carlo Vauer verankert heute zwei Sonderkonzerte: nachmittags 4 Uhr Konzert mit Klavierprogramm, abends 8 Uhr Konzert, Fontana und Schloßer-Abend. ☛ Café Museum. Heute, Freitag, „Abend betterer Musik“ der Kaffee Kaffee Carlo Vauer. ☛ Premiere im Kaffee-Kabarett Roland. Heute abend 8 1/2 Uhr findet die Premiere des neuen Programms statt, in der nur erste Künstler des internationalen Kabarett- und Varieté-Verfalls wurden.

☛ Naturtheater Durlach. „Eine tolle Brautnacht“, der stärkste Schwanz dieser Sommerfestzeit, wird am nächsten Sonntag wiederholt. Karl Mehnert vom Landesbühnen-Theater, der frühere Leiter des Naturtheaters, wird in dieser Vorstellung als Gast mit. Weiter sind besetzt: Ellen Bard, Eitel Marlow, Friede Gebelien, Danna Brä, Eva Schwoll, Sonia Arnold, Alfred Land, Ernst Rühr, Arthur Brandt und Wolf Mayer-Goren. Es ist besonders darauf hingewiesen, daß die Aufführung schon um 8 1/2 Uhr beginnt.

### Volkstänze im Hochschulstadion.

Der kommende Sonntag steht im Zeichen eines großen „Volksfestes“, das nachmittags 3 Uhr, auf dem Hochschulstadion vom Karlsruher Volkstanzkreis veranstaltet wird.

Viele werden sich noch an den Volkstanz-Abend im März im schönen Studentenhaus erinnern, wo eine große Zahl von jugendlichen Volkstanzern lebhaften Beifall fanden. Waren es dort meist kleine Kreise, die sich mehr für die Bühne einwand und daher nur von einem kleinen Kreis abgesehen wurden, so sind es auf dem Hochschulstadion vor allem „Volkstänze“, die von einem großen Kreis (ca. 100-150) Tänzerinnen und Tänzern aus allen Karlsruher Schulen auf dem Rasen getanzt werden. Eine wesentliche und vielversprechende Vorbereitung erfährt dieses Fest durch die Beteiligung der Volkstanzfreunde: Mannheim, Ludwigsbad, Heidelberg, Kitzingen, Ludwigsburg, Baden-Baden und evtl. Vahr, wodurch den Zuschauenden ein Einblick in die Volkstanzbewegung in Baden gegeben wird.

Alles, deutsches Volkstanz erfährt in diesen Tansen und Liedern. Einpaar-Tänze, dann wieder Quadrillen, Zwei- und Drei-Paar-Tänze werden in kurzer Folge mit alten Volkstänzen. Es sind Tänze aus acht Jahrhunderten, mühevoll gesammelt und erarbeitet, um wieder im Volk lebendig zu werden. Da sehen wir wieder: Mazurka, Schottisch, Polka, Walzer, Volkstanz, Volks- und so manche Form und so mancher Schritt wird die Älteren an frohe Stunden erinnern, da sie sich noch selbst im Kreise gedreht haben.

Es sei nur auf einige Tänze aufmerksam gemacht, wie zum Beispiel (Zurambö), Drei-Paar-Tanz, Kreis-Tanz, Saksaks und zuletzt noch der bekannte Männermarsch, der die Zuschauerinnen immer wieder begeistert. Der Sinn hat für deutsches Kultur in Gestalt der Volkstänze und Volkstänzer, der verjüngt dieses Fest nicht; denn es wird für die Zuschauerinnen ein freudiges Erlebnis, wenn das bunte Bild der tanzenden Mädchen und Burken an ihren Augen vorbeizieht.

Alle Karlsruher Bürger sind zu dem großen Volkstanzfest herzlich eingeladen. Die Karten für die geführte Tribüne des Hochschulstadions sind erhältlich bei Musikhaus Tafel, Katerstr. 22a, und bei den Karlsruher Jugendbünden.

### Auszug aus den Standesbüchern Karlsruhe.

Todesfälle. 14. Sept.: Carl Kästel, Chem., 72 Jahre alt, Wöbelstraße 13. Sept.: Max Schmidt, ledig, 33 Jahre alt, Vikar a. D., Heinrich-Ritter-Str., 10. Sept.: 33 Jahre alt, Arbeiter, Cito Müller, Chem., 58 Jahre alt, Stadt, Oberbauinspektor.



